

1. Welchen Stellenwert hat die Klimapolitik in Hamburg für Ihre Partei?

Der Klimawandel ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Auch Hamburg ist bereits heute davon betroffen. Daher hat der Klima- und Umweltschutz für uns hohe Priorität. Als christliche Partei, ist die Bewahrung der Schöpfung eines unserer Kernanliegen. Für mich als Familienvater ist es auch ganz persönlich ein Gebot, bei unseren Entscheidungen immer an die zukünftigen Lebensbedingungen unserer Kinder und Kindeskinde zu denken und diese konsequent mit zu planen.

2. Wie bewerten Sie die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel? (UNO Weltklimarat, IPCC, ScientistsForFuture, Klimarat der Bundesregierung). Wollen Sie sich in Ihren Entscheidungen an der Wissenschaft ausrichten?

Es gibt verschiedene wissenschaftliche Belege dafür, dass der Klimawandel real ist. Diese dürfen wir nicht ignorieren. Auch in Hamburg machen sich einige Veränderungen bemerkbar. So ist die Zunahme von Hitzeperioden und Niederschlagsmengen bereits heute für Mensch und Infrastruktur spürbar. Die aktuell prognostizierte Zunahme der Temperatur und der Niederschlagsmengen wird Hamburg vermutlich weiter verändern. Insbesondere zeitliche Fragen, lassen aber bei derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen große Lücken. Daher sehen wir wissenschaftliche Untersuchungen und ihre Ergebnisse nicht als abgeschlossene Projekte, sondern als fortlaufenden Erkenntnisgewinn. Nur wenn kontinuierlich neu gewonnene Erkenntnisse auf die entsprechenden Maßnahmen zum Klima und Umweltschutz adaptiert werden und eine entsprechende Anpassung erfolgt, werden wir langfristig Erfolg bei der Erreichung unserer Klimaziele haben.

3. Welche grundsätzlichen Klimaschutz-Positionen vertreten Sie auf Hamburg bezogen?

Statt uns dem Narrativ vom drohenden und unvermeidlichen Weltuntergang zu beugen, wollen wir die Chancen und die Potenziale nutzen, die sich durch die Anstrengungen für mehr Umwelt- und Klimaschutz ergeben. Dabei bringen wir alle drei relevanten Ziele des Klima- und Umweltschutzes, d.h. Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaverträglichkeit, miteinander in Einklang. Die vorschnelle Umsetzung radikaler Forderungen, lehnen wir entschieden ab. Konsequenter und nachhaltiger Klimaschutz darf nicht die Zerstörung des wirtschaftlichen und sozialen Fundamentes unserer Stadt oder unseres Landes zur Folge haben. Das würde auch unsere demokratische Grundordnung bedrohen. Nur ein wirtschaftlich und technologisch starkes Land ist in der Lage, einen langfristig wirksamen Klimaschutz durchzuführen. Wir sind der Überzeugung, dass nicht

durch Bevormundung und Verbote, sondern nur durch technische Innovationen, Anreize und Vorbilder der Weg hin zu wirksamem und nachhaltigem Klima- und Umweltschutz gelingen kann. Zentrale Voraussetzung zur Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe sind insbesondere Angebote umweltschonender Alternativen. Zu diesem Zweck haben wir als CDU ein umfassendes Umwelt- und Klimaschutzkonzept erarbeitet, das 50 Maßnahmen mit unterschiedlich starker Wirkung beinhaltet. Klimaschutz braucht Pragmatismus, Klarheit, Kontinuität und Planungssicherheit. Wir sind davon überzeugt, dass Hamburg mit diesem umfassenden Bündel von verschiedenen Maßnahmen sein Klimaziel für 2030 erreicht und so die Treibhausemissionen um 55 Prozent verringert werden.

4. Wie bewerten Sie das Engagement der Klimaschutzbewegung und der dort aktiven Organisationen und Initiativen (ForFuture, Extinction Rebellion, FossilFree, Umweltverbände)?

Die Klimaschutzbewegung und deren Organisationen haben einen nicht unbedeutenden Teil dazu beigetragen, dass das Thema Klimawandel ins Zentrum des aktuellen öffentlichen Bewusstseins gerückt ist. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bereits öffentlich geäußert, dass u.a. FridaysForFuture die Regierung zur Beschleunigung getrieben habe. Das zeigt, wie viel Kraft hinter Organisationen und Initiativen stecken kann. Diese darf jedoch auf keinen Fall dazu missbraucht werden, Panik zu erzeugen, Ängste zu schüren, die Gesellschaft zu spalten oder gar die Demokratie als Staatsform in Frage zu stellen.

5. Wie sehen Sie die gegenwärtige Stimmung in der Bevölkerung zu diesem Thema? Wie wird sie sich Ihrer Ansicht nach entwickeln und wie wird das Ihre Politik beeinflussen?

Das Bewusstsein in der Bevölkerung für die Folgen des Klimawandels sind geschärft. So stieg laut verschiedener Umfragen seit Jahresbeginn der Anteil derer deutlich an, die den Umwelt- und Klimaschutz für eine der drängendsten Herausforderung halten. Es wird sich zeigen, ob dieser Trend anhält, der sich längst in konkreten politischen Maßnahmen niedergeschlagen hat. Das ist sicher auch davon abhängig, wie erfolgreich die von der CDU-geführten Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen des Klimapakets wirken.

6. Ist Ihnen bewusst, dass der Klimawandel die Weltexistenz der Menschheit und ihren bisher erreichten kulturellen und materiellen Stand, sowie die Existenz aller Ökosysteme grundlegend bedroht?

Wir nehmen die belegbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse hinsichtlich des Klimawandels sehr ernst. Dass wir mit zielgerichteten innovativen Maßnahmen einer Verschlechterung unserer Lebensbedingungen und allen Ökosystemen entgegenwirken müssen, steht für uns außer Frage. Allerdings bedarf es bei aller Euphorie auch immer einer grundlegenden Differenzierung zwischen belegbaren Fakten und Stimmungsmache. Am Ende hat staatstragende Politik in einer Demokratie auch immer die Pflicht, die Menschen bei allen Maßnahmen mitzunehmen.

7. Können Sie erkennen, dass Klimaschutz als globales Thema eine andere Politik gegenüber den armen Ländern erfordert? Inwiefern hat das Einfluss auf Ihre politische Arbeit?

Während entwickelte Industriestaaten meist deutlich mehr CO₂ ausstoßen, sind gerade Entwicklungsländer häufig besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen. Damit ist der Klimaschutz auch eine Frage der Gerechtigkeit. Die reichen Länder haben sich daher im Klimaabkommen von Paris darauf geeinigt, finanzielle Hilfe zu leisten. Ab 2020 sollen für betroffene Länder jährlich 100 Milliarden US-Dollar zusammenkommen, um sie bei der Anpassung an veränderte Klimabedingungen und Maßnahmen zum Klimaschutz zu unterstützen. Für uns als CDU steht fest: Klimaschutz kann nicht allein in Deutschland gelöst werden. Deutschland ist für rund 2,1 Prozent der energiebedingten weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Wir können den Klimawandel daher nicht nur in Deutschland oder gar Hamburg aufhalten. Vielmehr handelt es sich um eine globale Herausforderung, für die es Kooperation über Grenzen hinweg bedarf und wir Vorbilder schaffen können, wie der Kampf gegen den Klimawandel mit Technologieführerschaft und sozial verträglich gelingen kann.

8. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass notwendige drastische Maßnahmen zum Klimaschutz sozial verträglich gestaltet werden?

Kluge Umweltpolitik funktioniert für uns nicht auf Basis von Vorschriften, Verboten, Bevormundung und Zwang. Vielmehr muss der Fokus auf Anreize und Freiwilligkeit gesetzt werden. Statt beispielsweise die Baukosten durch Maßnahmen, wie den Zwang von Solardächern, immer weiter in die Höhe zu treiben, wäre hierfür ein tragfähiges Förderprogramm sinnvoll, das sicherstellt, dass weder Mieter noch Eigentümer belastet werden. Auch wäre es z.B. sinnvoller, für Bürger mit einer Abwrackprämie für Ölheizungen einen Anreiz zu setzen, statt diese einfach zu verbieten. Wenn wir in einer wohlhabenden

Stadt nicht zeigen, dass Klimaschutz sozial verträglich und wirtschaftlich erfolgreich gelingen kann, wird uns keiner auf diesem Weg folgen.

9. Fühlen Sie sich gegenüber den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die FridaysForFuture tragen und um ihre Zukunft bangen, persönlich verantwortlich? Was sagen Sie ihnen?

Als Politiker trägt man eine gewisse Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass man deren Anliegen, Sorgen und Ängste ernst nimmt und diese zu Teilen in den politischen Diskurs aufnimmt. Im Falle der FridaysForFuture haben wir, gemeinsam mit den anderen Fraktionen, die Initiatoren ins Rathaus eingeladen. Im intensiven Dialog hatten die Vertreter so die Gelegenheit, uns ihre Sorgen und Forderungen darzustellen. Gleichzeitig sage ich auch allen jungen Menschen: Panik ist in der Politik nie ein guter Ratgeber. Wer nur von Weltuntergang spricht, wird viele Menschen als Unterstützer verlieren. Auch gibt es keinen Gegensatz zwischen Wirtschaft und Klimapolitik. Klimaschutz braucht keinen Systemwechsel, Klimaschutz braucht Verhaltensänderungen in allen Bereichen: beim Konsumieren, beim Produzieren, bei der Mobilität und natürlich auch bei der Stadtentwicklung. Ich kann nur allen engagierten jungen Menschen sagen: Verstetigt Euren Einsatz in Parteien und im Ehrenamt. Dort und in den Parlamenten könnt ihr am besten über Eure Zukunft selbst mitbestimmen.

1. Sind Sie mit den jeweiligen Forderungen *einverstanden* und warum ja/nein?

Als CDU stimmen wir einigen Forderungen zu, lehnen aber gleichzeitig andere entschieden ab. Letzteres gilt zum Beispiel, neben den (zeitlichen) Forderungen aus dem Themenfeld Energie, für die totale Befreiung der Innenstadt von motorisiertem Individualverkehr oder aber die Reduktion des Flugverkehrs. Würde man den Autoverkehr in Innenstädten komplett verbieten, würde man u.a. Menschen ausschließen, denen es z.B. aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist, das Fahrrad oder den ÖPNV zu nutzen. Der Flughafen und der gesamte Luftfahrtstandort Hamburg ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Einschränkungen brächten signifikante Nachteile im nationalen und internationalen Wettbewerb mit sich und würden lediglich zu einer Verlagerung des Flugverkehrs führen.

Der Forderung nach einem wesentlichen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, in Verbindung mit einer Preisreduktion auf einen Euro pro Tag im Rahmen eines Jahrestickets, stimmen wir grundsätzlich zu. Die CDU hatte bereits öffentlich gefordert, das 365-Euro-Ticket für die Nutzung des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) schrittweise einführen. Unverzüglich soll das Ticket für Schüler, Studenten, Auszubildende, Praktikanten, Senioren und Menschen, die auf ihr Auto verzichten, eingeführt werden. Anschließend wird es auf alle Hamburgerinnen und Hamburger ausgeweitet.

Eine Reihe der Forderungen sind jedoch sehr unspezifisch und müssten zunächst konkretisiert bzw. operationalisiert werden, um eine abschließende Bewertung vornehmen zu können. So zum Beispiel die Festlegung energetischer Standards für Neubauten. Für uns als CDU gilt der Anspruch, die Klimaziele so zu erreichen, dass das Leben in Hamburg nicht noch teurer wird. Je nachdem um welche konkreten Standards es sich handelt, könnten diese zu einem Anstieg der Baukosten führen, welche wiederum zu steigenden Mieten führen können.

2. Akzeptieren Sie den genannten *zeitlichen Rahmen* für diese und warum ja/nein?

Insgesamt sind die hier verankerten zeitlichen Vorgaben sehr ambitioniert. Bis spätestens zum Jahr 2035 alle Kohlekraftwerke abzuschalten, die in Hamburg liegen oder über die Hamburg verfügt, wird auf sozialverträglichem Wege, nicht möglich sein. Unsere Aufgabe als Partei ist es zu berücksichtigen, was ein übereilter Kohleausstieg für die betroffenen Menschen, die betroffenen Regionen und für eine stabile Energieversorgung eines Industrielandes wie Deutschland bedeutet. Radikale und vermeintlich einfache Schritte mögen verlockend erscheinen, sind oftmals jedoch unrealistisch und kontraproduktiv.

Auch den Umstieg auf 100% erneuerbare Energieerzeugung und -versorgung bis spätestens zum Jahr 2035, halten wir für nicht umsetzbar. Wenn man bedenkt, dass Hamburg seine

CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2017 um 20,8% senken konnte, scheint es fernab von der Realität, in den nächsten 15 Jahren mehr als 4-mal so viel CO₂ einzusparen.

Wir wollen die vereinbarten Klimaziele einhalten, gleichzeitig aber auch dafür sorgen, dass Energie für alle – auch Menschen mit geringem Einkommen – bezahlbar bleibt. Diesen gesellschaftlichen Gesamtkonsens hat die CDU auch schon gegen viele Widerstände bei den Steinkohlesubventionen erreicht – welche schrittweise beendet werden.

3. Haben Sie *konkrete* Vorstellungen zur Umsetzung und wenn ja, welche?

Wir wollen, dass Hamburg sein Klimaziel für 2030 erreicht und die Treibhausemissionen um 55 Prozent verringert, während das wirtschaftliche und soziale Fundament unserer Stadt und unseres Landes erhalten bleibt. Deutschland und Hamburg müssen wirtschaftlich und technologisch führend bleiben, um einen langfristig wirksamen Klimaschutz zu ermöglichen. Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaverträglichkeit, müssen dazu miteinander in Einklang gebracht werden.

Als CDU wollen wir nicht durch Bevormundung und Verbote, sondern durch technische Innovationen, Anreize und Vorbilder unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Auf Grundlage unseres Klimaschutz-Konzeptes wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft und weiteren relevanten Akteuren ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen. Für uns dient Pragmatismus, Klarheit, Kontinuität und Planungssicherheit als Maßstab, mit dem wir 50 Maßnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern definiert haben:

- ! Energie: Umrüstung von Moorburg auf Gas/Wasserstoff und Biomasse, Tiefengeothermie sowie Offensive zum Tausch alter Ölheizungen.
- ! Stadtgrün: Erhalt von Grünflächen, Straßenbäume nachpflanzen, mehr grüne Dächer, Kleingärten erhalten, Hamburgs Fuhrpark umweltfreundlich umrüsten
- ! Innovation: Wasserstoffstrategie konkretisieren und umsetzen, innovative Schiffsantriebe fördern, E-Fuels voranbringen und Forschungsoffensive für Fusionsenergie.
- ! Wirtschaft: Bündnis mit Hamburgs Industrie mit Leben füllen, Landstrom und LNG-Infrastruktur ausbauen, Wochenmärkte stärken, Lieferverkehre neu organisieren, Genehmigungsbehörden professionalisieren.
- ! Gebäude: Klimaintelligente Gebäude und Quartiere, energetische Sanierung und Photovoltaik stärker fördern, kühlende Fassaden einsetzen.

- ! Verkehr: MetroTramAltona realisieren, 365-Euro-Ticket für alle, intelligente Verkehrssteuerung, P+R-Angebot ausbauen und Gebühren abschaffen, Digitalisierung vorantreiben.

4. Haben Vertreter Ihrer Partei bereits legislativ und/oder exekutiv mit der Umsetzung der Forderungen *begonnen* und warum ja/nein?

In Hamburg nimmt die CDU ihre Rolle als Oppositionspartei sehr ernst und bringt regelmäßig entsprechende Anträge zum Klimaschutz in die Bürgerschaft ein. Dank der Regierungsrolle auf Bundesebene bestehen hier deutlich bessere Bedingungen zur direkten Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen.

Dank Angela Merkel als damalige Bundesumweltministerin und als heutige Bundeskanzlerin wurde 1997 mit dem Kyoto-Protokoll ein Durchbruch erzielt. Ein weiterer großer Erfolg der CDU-geführten Bundesregierung ist, dass sich 2015 in Paris nahezu alle Staaten der Welt auf ein völkerrechtlich verbindliches Klimaabkommen geeinigt haben, das die Erderwärmung auf möglichst sogar 1,5 Grad Celsius begrenzen soll. Hierzu müssen die Vertragsstaaten alle fünf Jahre immer ambitioniertere Klimaschutzpläne vorlegen.

Auf dem Parteitag 2018 in Hamburg hat sich die CDU für marktwirtschaftliche Instrumente bei der Bepreisung von Emissionen ausgesprochen. Ein verbindliches Bepreisungssystem für CO₂ ist ein echter Klimaschutzbeitrag für Deutschland, Europa und die Welt.

In diesem Jahr hat die CDU-geführte Bundesregierung mit den Eckpunkten zum Klimaschutzprogramm 2030 ihren Plan vorgelegt, um die Klimaziele zu erreichen. Das ausführliche Programm hat das Kabinett am 9. Oktober 2019 beschlossen. Die einzelnen Maßnahmen werden nun Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt.

5. Haben Sie hinsichtlich der Umsetzung die *Zusammenarbeit* mit anderen Parteien gesucht und wenn ja, mit welchen und wie?

Im August 2019 hat ein intensiver Austausch zwischen den Bürgerschafts-Fraktionen und der Fridays for Future-Bewegung im Rathaus stattgefunden. Hierbei waren sich bei der Bedeutung des Klimaschutzes und vor allem für kommende Generationen, alle anwesenden Parteien einig. Ziel dabei war es, nach gemeinsamen Ideen und Wegen zu suchen, den Klimaschutz unserer Stadt politisch umzusetzen.

Das zuvor erwähnte Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung wurde von der Koalition aus CDU und SPD erarbeitet.

6. Gibt es über die Forderungen hinaus *weitere Klimaschutz-Maßnahmen

Die CDU hat für Hamburg ein umfassendes Klimaschutz-Konzept mit insgesamt 50 Einzelmaßnahmen vorgelegt (siehe Antwort auf Frage 3).

Stellungnahme zu den Einzelforderungen von Fridays for Future Hamburg:

1. Die Aufteilung des CO₂-Gesamtbudgets, über das die Stadt bis zum Jahr 2035 noch verfügt, auf die Verantwortungsbereiche der einzelnen Behörden.

Antwort: „Dies wäre ein wirkungsloser Schritt hin zu einer ökologischen Planwirtschaft. Das Gesamtziel der CO₂-Einsparung muss im Vordergrund stehen und nicht die Zuteilung von theoretischen und unpraktikablen CO₂-Budgets auf einzelne Behörden. Zumal vollkommen klar ist, dass die beabsichtigten Einsparungen nicht von den Behörden allein erreicht werden können, sondern nur in engem Zusammenspiel mit der Wirtschaft und den Hamburgerinnen und Hamburgern“.

2. Eine umfangreiche finanzielle und personelle Stärkung der Umweltbehörde.

Antwort: „Mehr Geld und Personal für die Umweltbehörde führt nicht zwangsläufig zu mehr Klimaschutz. Daher müssen die Ziele in den Vordergrund gestellt werden und die Frage beantwortet werden, wie diese erreicht werden können und welche Ressourcen hierfür an welcher Stelle erforderlich sind“.

3. Ein Vetorecht für die Umweltbehörde gegen Entscheidungen anderer Behörden, sofern diese im Widerspruch zur Klimaneutralität Hamburgs bis zum Jahr 2035 stehen.

Antwort: „Das ist kein pragmatischer Ansatz für eine wirkungsvolle Politik, sondern würde lediglich zu einem erheblichen Komplexitätsanstieg und zu deutlich mehr Bürokratie führen. Ein funktionierender Senat sollte sich bei wichtigen Entscheidungen ohnehin intensiv abstimmen. Hierfür bedarf es kein Vetorecht einer einzelnen Behörde“.

4. Quartalsweise Berichte des Hamburger Senats bezüglich der Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise.

Antwort: „Transparenz über den Erfolg von Maßnahmen zu schaffen, ist ein wichtiger Erfolgsfaktor und die Voraussetzung, um zeitnah Änderungen vornehmen und ggf. gegensteuern zu können. Die Forderung nach 4 Berichten pro Jahr ist jedoch realitätsfern und würde erhebliche Ressourcen binden, ohne einen Erkenntnisgewinn herbeizuführen. Ein Bericht pro Jahr wäre deutlich zielführender“.

5. Den fachübergreifenden Einbezug der Klimakrise, sowie von Themen der Ökologie und Nachhaltigkeit in die Bildungspolitik Hamburgs

Antwort: „Aus Sicht der CDU-Fraktion wäre es sehr wünschenswert, wenn die emotional geführte Klimadebatte in der Öffentlichkeit zukünftig wieder mehr von Rationalität und Fakten geprägt sein würde. Hierfür wäre es sinnvoll, wenn dieses und die damit verbundenen Themen auch in den Hamburger Schulen systematisch Berücksichtigung finden würden. Es muss dabei jedoch sichergestellt werden, dass diese Themen in ihrer ganzen Breite einschließlich der naturwissenschaftlich-technischen sowie wirtschaftlichen und sozialen Aspekte behandelt werden. Im Vordergrund muss die kritische Auseinandersetzung stehen und es darf nicht darum gehen, die zum Teil unreflektierten Forderungen mancher Umweltorganisationen ungefiltert zu transportieren und zu Lehrinhalten zu machen“.

Themenfeld Energie:

1. Den Umstieg auf 100% erneuerbare Energieerzeugung und -versorgung bis spätestens zum Jahr 2035.

Antwort: „Dieses Ziel ist zwar erstrebenswert, jedoch nach heutigem Stand der Erkenntnis kaum erreichbar. Nichtsdestotrotz sollten wir alle gemeinsam dafür arbeiten, dieser Zielmarke im Jahr 2035 möglichst nahe zu kommen“.

2. Die Abschaltung aller Kohlekraftwerke, die in Hamburg liegen oder über die Hamburg verfügt bis spätestens zum Jahr 2025.

Antwort: „Da der jetzige Senat die Entscheidung über die zukünftige Wärmeversorgung seit Jahren verschleppt hat, ist dieses Ziel aus technischen und zeitlichen Gründen nun nicht mehr erreichbar. Diese Erkenntnis ist mittlerweile auch von den Initiatoren der Initiative „Tschüss Kohle“ akzeptiert worden.“

3. Einen umfangreichen Ausbau der Solarenergie in Hamburg.

Antwort: „Diese Forderung ist zu unkonkret formuliert. Dabei ist stets die Aufwand-Nutzenrelation zu berücksichtigen. Selbst ein massiver Ausbau von Photovoltaik hätte nur einen marginalen Anteil an der Energieversorgung unserer Stadt. Wir setzen dabei auf umfassende Förderprogramme, lehnen Zwangsmaßnahmen jedoch entschieden ab“.

Themenfeld Verkehr:

1. Den wesentlichen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, in Verbindung mit einer Preisreduktion auf einen Euro pro Tag im Rahmen eines Jahrestickets.

Antwort: „Diese Forderung findet sich bereits im Mobilitätskonzept sowie im 50-Punkte-Plan der CDU-Bürgerschaftsfraktion wieder. Daher stimmt die CDU dieser Forderung zu“.

2. Einen klimaneutralen öffentlichen Personennahverkehr ab dem Jahr 2030.

Antwort: „Über dieses Ziel sind sich weitgehend alle politischen Kräfte einig. Es geht daher primär um die Frage nach dem Wie. Wir setzen dabei nicht einseitig auf Elektromobilität, sondern auf Antriebsformen, die auf grünen Wasserstoff sowie grünen E-Fuels basieren“.

3. Den Ausbau der Fahrradverkehrsinfrastruktur durch die sofortige Umsetzung des Radentscheides.

Antwort: „Auch die CDU-Bürgerschaftsfraktion unterstützt den Ausbau der Fahrradinfrastruktur. Jedoch haben wir als Volkspartei alle Verkehrsteilnehmer mit ihren unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnissen gleichermaßen im Blick. Die einseitige Förderung einer Mobilitätsform wird den Bedürfnissen in einer Großstadt nicht gerecht“.

4. Die Befreiung der Innenstadt von motorisiertem Individualverkehr.

Antwort: „Diese Forderung ist illusorisch und würde an den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen vollständig vorbeigehen. Wir setzen auf attraktive Angebote, um den Anteil des motorisierten Individualverkehrs langfristig zu verringern“.

5. Den sofortigen Beginn der Reduktion des in Hamburg abgefertigten Flugverkehrs mit dem Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035.

Antwort: „Der Flughafen Hamburg ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unsere Stadt. Eine politisch verordnete Verringerung des Flugverkehrs würde lediglich zu einer Verlagerung, nicht aber zu einer Verringerung des Flugverkehrsaufkommens führen. Wir setzen auf den Ausbau des Schienenverkehrs, um den Anteil von Inlandsflügen zu verringern sowie auf die Entwicklung und den Einsatz von klimafreundlichen Treibstoffen“.

6. Die exklusive Abfertigung klimaneutraler Schifffahrt im Hamburger Hafen ab dem Jahr 2035.

Antwort: „Wenn exklusiv im Sinne des Begriffes „Ausschließlich“ gemeint ist, kann hier noch keine abschließende Position formuliert werden. Wir setzen uns als CDU-Fraktion für die Förderung und die Entwicklung von umweltfreundlichen Schiffsantrieben ein (siehe 50-Punkte-Plan) jedoch kann zum heutigen Zeitpunkt niemand verlässlich vorhersagen, wie sich die Schifffahrt in den nächsten 15 Jahren weiterentwickelt“.

Themenfeld Stadtentwicklung:

1. Die energetische Sanierung des gesamten Gebäudebestandes bis zum Jahr 2035.

Antwort: „Die Forderung ist zu unkonkret formuliert. Selbst die öffentlichen Gebäude der Stadt Hamburg könnten aufgrund zeitlicher und finanzieller Restriktionen nicht innerhalb von 15 Jahren vollständig energetisch saniert werden. Sollte die Forderung sich sogar auf alle Gebäude Hamburgs beziehen, wäre dies selbst mit Zwangsmaßnahmen nicht zu erreichen, da es hierfür keine ausreichenden Arbeitsressourcen gäbe und die damit verbundenen Investitionen viele Eigentümer (und folglich auch Mieter) finanziell überfordern würde. Wir setzen auch hier auf kluge Anreize und wollen zudem die Potenziale durch die klimaintelligente Gebäudesteuerung ausnutzen“.

2. Eine umfangreiche Förderung von nachhaltigen Heizsystemen.

Antwort: „Diese Forderung findet sich bereits im 50-Punkte-Plan der CDU-Fraktion wieder“.

3. Eine Priorisierung des Bestandsschutzes gegenüber Neubauten sowie die Förderung des Einsatzes von nachhaltigen und klimafreundlichen Bausubstanzen.

Antwort: „Die Wirkungsweise der ersten Hälfte dieser Forderung ist unklar. Der Förderung des Einsatzes von nachhaltigen und klimafreundlichen Bausubstanzen stehen wir positiv gegenüber“.

4. Die Festlegung energetischer Standards für Neubauten, die mit dem Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 vereinbar sind.

Antwort: „Es gibt bereits klar definierte Standards für Neubauten. Eine weitere Verschärfung ist nicht sinnvoll. Wir beabsichtigen in diesem Kontext, mittelfristig Vorgaben für die klimaintelligente Steuerung von Gebäuden umzusetzen. Allein durch die intelligente Gebäudesteuerung kann bis zu 30 % Energie eingespart werden. Dieses Potenzial wurde vom derzeitigen Senat bislang noch nicht erkannt und findet sich daher auch nicht im aktuellen Klimaplan wieder. Diesen Missstand wollen wir nach der Bürgerschaftswahl korrigieren“.